

7.1. 1964  
19+12

Politische Abteilung

-107-

11  
G. Reich

Moskau, 24. September 1964

Re/M.

000296

25  
3  
die 25.5.

1. Europ. Abteilung  
2 3 SEP. 1964  
Posteingang-Nr. 2067  
Postausgang-Nr.

A k t e n v e r m e r k

über eine Unterredung zwischen dem Leiter der Abteilung Südasiens des MID, Genosse L i e h t s c h o w, und dem Unterzeichneten, am 29. September 1964

Die Unterredung kam auf unseren Wunsch zustande.

Bei Beginn des Gespräches unterbreitete ich Genossen L. die Bitte, ob er mir nähere Informationen über den Besuch des indischen Staatspräsidenten, Dr. Radhakrishnan, in der Sowjetunion geben kann, vor allem, die auch für unsere Beziehungen zu Indien von Interesse sind. Genosse L. erklärte sich umgehend bereit, unserer Bitte nachzukommen.

Zuerst gab Genosse L. eine Einschätzung des Besuchs, der nach ihrer Auffassung erfolgreich war. Auch die indische Seite sei, nach Informationen und den Berichten in der Presse zu urteilen, sehr zufrieden.

Die Sowjetunion verfolgte mit dem Besuch das Ziel, die positiven Seiten der indischen Politik herauszustellen und zu bekräftigen, insbesondere solche Fragen, wie den Kampf um den Frieden, die Ausrüstung, die Nichtpaktgebundenheit, die friedliche Koexistenz, Kampf gegen den Kolonialismus, die Zusammenarbeit in der UNO, und nicht zuletzt die Frage der deutschen Friedensregelung. Insbesondere kam es der Sowjetunion darauf an, die wiederholten Erklärungen der indischen Staatsmänner, daß sie gewillt sind, nach dem Tode von Nehru, dessen Politik fortzusetzen, durch diesen Besuch von neuem zu bekräftigen und in einem

gemeinsamen Dokument festzuhalten. Dieses Ziel wurde erreicht. Die Gespräche hatten ergeben, daß in den Grundfragen unserer heutigen Zeit gleiche oder annähernd gleiche Auffassungen bestehen. Es lag in der Absicht der Sowjetunion, gerade über dieses Gemeinsame zu sprechen. Im Mittelpunkt stand besonders die von Nehru begründete Politik der Nichtpaktgebundenheit. Neben seiner internationalen Bedeutung sei das besonders auch für die innere Entwicklung notwendig. In Indien gehe ein scharfer Klassenkampf zwischen den linken und rechten Kräften vor sich. Dabei sind die rechten Kreise bestrebt, die von den Westmächten, besonders von den USA und Westdeutschland unterstützt werden, gerade die Politik der Nichtpaktgebundenheit zugunsten an eine Annäherung an den Westen zu ändern. Für die innere Entwicklung in Indien sei der Besuch auch in anderer Hinsicht von Bedeutung. Die indische Regierung verfolge gegenwärtig eine Politik zur Entwicklung des staatlichen Sektors in der Wirtschaft. Die Sowjetunion unterstütze diese Absicht mit allen Kräften. Ihre ökonomische Hilfe gehe fast ausschließlich in diese Richtung. Nur ganz geringe Positionen fließen in den privaten Sektor. Auf der anderen Seite bemühe man sich um die Planung der Wirtschaft, soweit das natürlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Indien möglich ist. Sowohl die Entwicklung des staatlichen Sektors, als auch die Bemühungen in der Errichtung der Planung, entsprechen ebenfalls der Politik, die von Nehru entwickelt wurde. Die rechten Kreise in Indien, wiederum unterstützt durch die Westmächte, sind bestrebt, diese Politik zugunsten der Entwicklung des privaten Sektors zu ändern. Es lag in der Absicht der sowjetischen Genossen, mit der Visite des indischen Staatspräsidenten, und darin liegt vor allem die Bedeutung für die innere Entwicklung in Indien, die linken Kräfte im Lande zu unterstützen und zu stärken.

Die außenpolitische Bedeutung liege vor allem in der Unterstreichung und Bekräftigung der von Nehru entwickelten Politik der Nichtpaktgebundenheit. Diese Politik habe großen Einfluß auf die asiatischen und afrikanischen Länder. Unter diesem Gesichtspunkt müsse man die Rede des Genossen Mikojan sehen auf der Festveranstaltung in Krenl ("Pravda" vom 19. 9.)

Dieser Rede liegt vor allem die Absicht zugrunde, den Standpunkt der Sowjetunion zu einigen wesentlichen Fragen darzulegen, die nach ihrer Meinung auf der Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten zur Sprache kommen sollten.

In den Verhandlungen über das gemeinsame Kommuniqué gab es vor allem Diskussionen und unterschiedliche Auffassungen über die <sup>Berücksichtigung der</sup> Deutschlandfrage. Die sowjetischen Genossen hatten gleich zu Beginn vorgeschlagen, im gemeinsamen Kommuniqué einen Passus über die friedliche Lösung der deutschen Frage aufzunehmen. Dabei wollten sie unterstreichen, welche Bedeutung die Lösung dieser Frage insgesamt gesehen hat, insbesondere für die Sicherheit in Europa. Die indischen Verhandlungspartner reagierten zunächst darauf ablehnend. Sie wollten diese Frage im Kommuniqué überhaupt nicht ansprechen.

Genosse L. erwähnte, in dieser Diskussion widerspiegelte sich die nichtkonsequente Haltung der indischen Politik in der deutschen Frage. In der weiteren Diskussion legten die sowjetischen Genossen ihre Auffassung über die Dringlichkeit der Lösung der deutschen Frage für Frieden und Entspannung dar. Sie stellten den indischen Verhandlungspartnern ganz konkret die Frage, ob sie nicht mehr zu dem stehen, das Nehru 1961, während seines Besuchs in der Sowjetunion, bekräftigt hat. Darauf erklärten sie, sie würden nach wie vor zur Politik Nehrus, auch in dieser Frage, stehen. Nach dieser Diskussion haben die sowjetischen Genossen, nach dem Worten von L., eine radikale Formulierung zur Lösung der deutschen Frage vorgeschlagen. Genosse L. erklärte die Formulierung nicht näher, ich hatte aber aus seinen Darlegungen entnommen, daß man damit die indische Seite zu einer konkreten Stellungnahme zwingen wollte bzw. zu erfahren, wie weit sie maximal bereit sind, zu gehen. Die indische Seite erklärte sich daraufhin bereit, die Erklärung des verstorbenen Ministerpräsidenten J. Nehru im sowjetisch-indischen Kommuniqué, vom 11. 9. 1961, aufzunehmen und erneut zu bekräftigen.

In dem gemeinsamen sowjetisch-indischen Kommuniqué zum Besuch Nehrus vom 6. bis 11. September 1961 heißt es:

"Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N.S. Chruschtschow, erläuterte die Position der Sowjetregierung zur Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland...  
 ... erläuterte seine Ansichten über die Normalisierung der Lage in Westberlin auf der Grundlage des Friedensvertrages...

Ministerpräsident J. Nehru nahm die vom Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N.S. Chruschtschow, erläuterten Erwägungen zur Kenntnis. Er brachte sein Einverständnis mit den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N.S. Chruschtschow, darin zum Ausdruck, daß gegenwärtig die Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten nicht ignoriert werden kann und daß jeder Versuch, die Grenzen zu ändern, gefährliche Folgen hätte. Ministerpräsident J. Nehru unterstrich die dringende Notwendigkeit der Suche einer friedlichen Regelung des Deutschland-Problems auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den interessierten Seiten."

In Vergleich die Formulierung im gemeinsamen sowjetisch-indischen Kommuniqué zum Besuch Radhakrishnans vom 11. bis 19. September 1964:

"In dem aufrichtigen Bestreben nach einer friedlichen Regelung aller brennenden internationalen Fragen und nach Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten auf dieser Grundlage, sind die Sowjetunion und Indien der Meinung, daß es im Interesse eines stabilen Friedens besonders notwendig ist, die Anstrengungen zur Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges auf dem Wege der Herbeiführung einer friedlichen Regelung des Deutschland-Problems zu verstärken. Die sowjetische Seite ist der Meinung, daß die Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages und die Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt auf dieser Grundlage unter den gegenwärtigen Bedingungen ein Wendepunkt in der Verbesserung der gesamten internationalen Situation sein könnten. Die indische Seite wiederholte erneut die Erklärung des verstorbenen Ministerpräsidenten J. Nehru, die im sowjetisch-indischen Kommuniqué vom 11. 9. 1961 darüber festgehalten wurde, daß gegenwärtig... (folgt obige Formulierung aus dem Kommuniqué von 1964)."

Genosse L. schätzt die Diskussion über diese Lösung der deutschen Frage und die Formulierungen darüber im Kommuniqué als einen Erfolg ein. Neben der gemeinsamen Feststellung, daß es im Interesse eines stabilen Friedens besonders notwendig ist, die Anstrengungen zur Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges auf dem Wege der Herbeiführung einer friedlichen Regelung des Deutschland-Problems zu verstärken, konnte die Politik von Nehru auch in dieser so wichtigen Frage bekräftigt werden.

Sie enthält nach Auffassung des Genossen L. drei sehr wesentliche Elemente:

1. daß die Existenz zweier deutscher Staaten nicht ignoriert werden kann;
2. jeder Versuch, die Grenzen zu ändern, gefährliche Folgen hat;
3. daß es dringend notwendig ist, Wege einer friedlichen Regelung des Deutschland-Problems in Ergebnis von Verhandlungen zwischen den interessierten Seiten zu suchen.

Der Diskussion über die Deutschland-Frage haben, nach Meinung des Genossen L., keine prinzipiellen Unterschiede zugrunde gelegen, sondern die Tatsache, daß die indische Seite dazu nicht öffentlich Stellung nehmen will. Genosse L. schätzt das so ein, daß es bei den indischen Politikern die Tendenz gibt, alles zu vermeiden, was ihre Position gegenüber Westdeutschland und den USA verschlechtern könnte. Die Ursachen dafür sind Genosse L. in der noch starken ökonomischen Abhängigkeit von diesen Ländern und des daraus resultierenden politischen Druckes.

Genosse L. bestätigte unsere Auffassung, daß es auffallend ist, daß über den diesmaligen Besuch des indischen Präsidenten ein Kommuniqué veröffentlicht wurde, wo die Kernfragen unserer Zeit angesprochen sind. Diese Fragen sind in der Vergangenheit vor allem mit Nehru verhandelt worden. Bei dem Besuch des vorherigen Präsidenten Prasad in der Sowjetunion war überhaupt kein Kommuniqué veröffentlicht worden.

Gesesse L. nannte zwei Gründe dafür:

Erstens spiele der gegenwärtige Ministerpräsident Shastri nicht mehr die Rolle in der indischen Politik wie Nehru. Zum anderen sei der jetzige Präsident, Dr. Radhakrishnan, sehr aktiv in der Politik, im Gegensatz zu seinem Vorgänger. Diese Umstände müsse man in der Entwicklung der Beziehungen mit Indien berücksichtigen.

Die Rolle des Präsidenten und sein Einfluß auf das politische Geschehen in Indien, das zeigt sich bereits bei dem Besuch jetzt in der Sowjetunion, wird größer. (Dieser Hinweis sollte auch bei der Entwicklung unserer Beziehungen zu Indien künftighin beachtet werden.)

Abschließend stellte ich noch die Frage, ob die territorialen Fragen eine Rolle gespielt haben. Gesesse L. bemerkte dazu, daß dies nicht der Fall war, jedoch könnte man aus den Verhandlungen den Eindruck gewinnen, daß Indien den Appell von N.S. Chruschtschow zum Jahreswechsel, Grenz- und territoriale Fragen auf friedlichem Wege zu klären, unterstützt.

Das ergibt sich auch aus ihrer eigenen Lage des Grenzkonfliktes mit China und aus den gespannten Verhältnissen mit Pakistan wegen des Kaschmir-Problems.

*[Handwritten Signature]*  
Resamuel  
Gesamter

Verteiler:

- 1 x HJ Dr. Hagenrotter
- 1 x J. RA
- 1 x B. AEA
- 1 x Informationsabt.
- 2 x Retzsch